

Neoliberale Wirtschaftspolitik - ein Angriff auf die demokratische Gesellschaft?

Das scheiternde Konzept

Der Nobelpreisträger und frühere Chefvolkswirt der Weltbank Joseph Stiglitz beschreibt die bislang herrschende Wirtschaftsdeologie, meist „Neoliberalismus“ genannt¹, so²:

„Handels- und Kapitalmarktliberalisierung waren zwei Schlüsselkomponenten eines allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenkonzepts, das die Strategien bündeln sollte, die Entwicklung am ehesten fördern. Dieser so genannte *Washington Consensus* (von) IWF... Weltbank... und US-Finanzministerium... forderte vor allem Staatsabbau, Deregulierung und eine zügige Liberalisierung und Privatisierung.“

So trieb man die Staaten bewusst in einen scharfen Wettbewerb um das frei hin und her fließende Kapital. Der Steuerwettbewerb nach unten begann. Die Staaten wurden immer schlanker und nähern sich heute dem Suppenkasperstaat. Die durch Steuersenkungen und Steuerentziehungen ausgepowerten Staaten versuchten, die notwendigen Mittel durch Verkauf des öffentlichen Eigentums zu finden. Heute ist der größte Teil des von Generationen angehäuften Volksvermögens verschleudert und im Besitz weitgehend unbekannter Aktionäre.

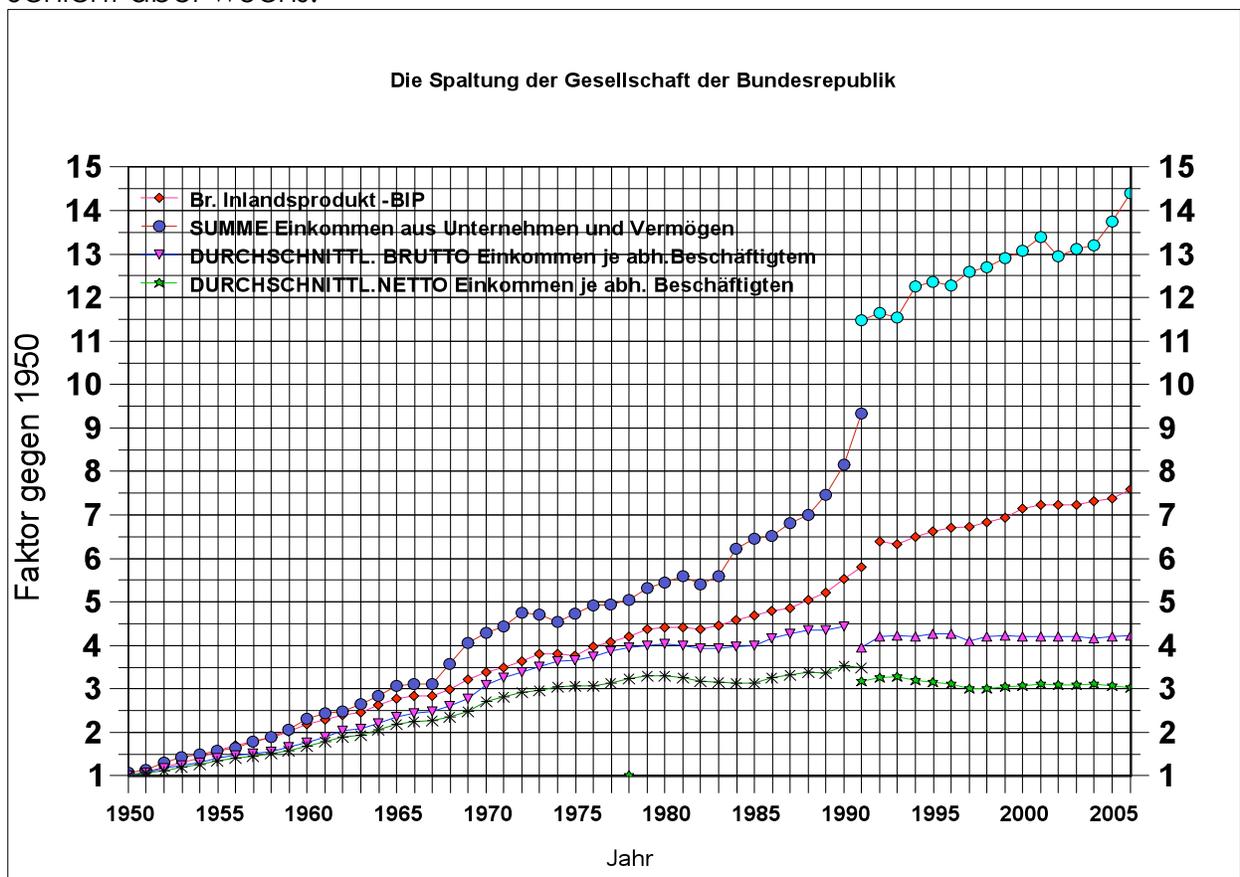
Man behauptete, diese Privatisierungen seien notwendig, denn private Wirtschaft sei effizienter als öffentliche. Doch effizienter ist die Bundesrepublik nicht geworden. Wieso soll es auch effizienter sein, wenn Private Gefängnisse betreiben oder drei verschiedene Postdienste landauf landab Briefe verteilen, 3 Personen dieselben Wege fahren, die vorher eine Person fuhr? Was ist für die Allgemeinheit effizienter, wenn dafür die Briefkästen in immer weitere Abstände entrücken, um die Zustelldienste profitabel zu machen? Wenn man vor einer Reise bei 3 verschiedenen Postdiensten einen Nachsendungsantrag stellen muss, da man ja nicht weiß, mit welchem Postdienst jemand an einen schreibt? Ist eine Post effizient, bei der immer wieder Briefe und Päckchen spurlos verschwinden, weil nicht mehr vertrauenswürdige „Postbeamte“ die anvertraute Post austeilen, sondern schlecht bezahlte, überforderte Hilfskräfte der Subunternehmer, denen die Post heute die Versorgung zugeschoben hat? Ist es effizient für den Bahnkunden, wenn nicht eine Bahn fährt, sondern sechs verschiedene, deren jeweilige Preise herauszufinden vor allem dann zum Kreuzworträtsel degeneriert, wenn Landesgrenzen überschritten werden? Wenn die privatisierten Energie-

Versorger Preise fordern, gegen die der Staat kaum noch etwas machen kann, weil er die einst öffentlichen Unternehmen in die Privatisierung entlassen hat? Wo bleibt die erhöhte Effizienz für die Allgemeinheit, wenn die privatisierten öffentlichen Nahverkehrsmittel immer teurer werden, so dass immer mehr Menschen sich veranlasst sehen, wieder mit dem Auto zu fahren? Und vor allem: wo bleibt die Effizienz, wenn immer mehr Menschen durch die internationale Lohnkonkurrenz nur noch Löhne erarbeiten, von denen sie nicht leben können - und so den Apparat der sozialen Hilfen aufblähen?

Der freie Markt löst die Wirtschaftsprobleme unserer Gesellschaft nicht.

Am allerwenigsten lösen sie sich allein durch Wirtschaftswachstum:

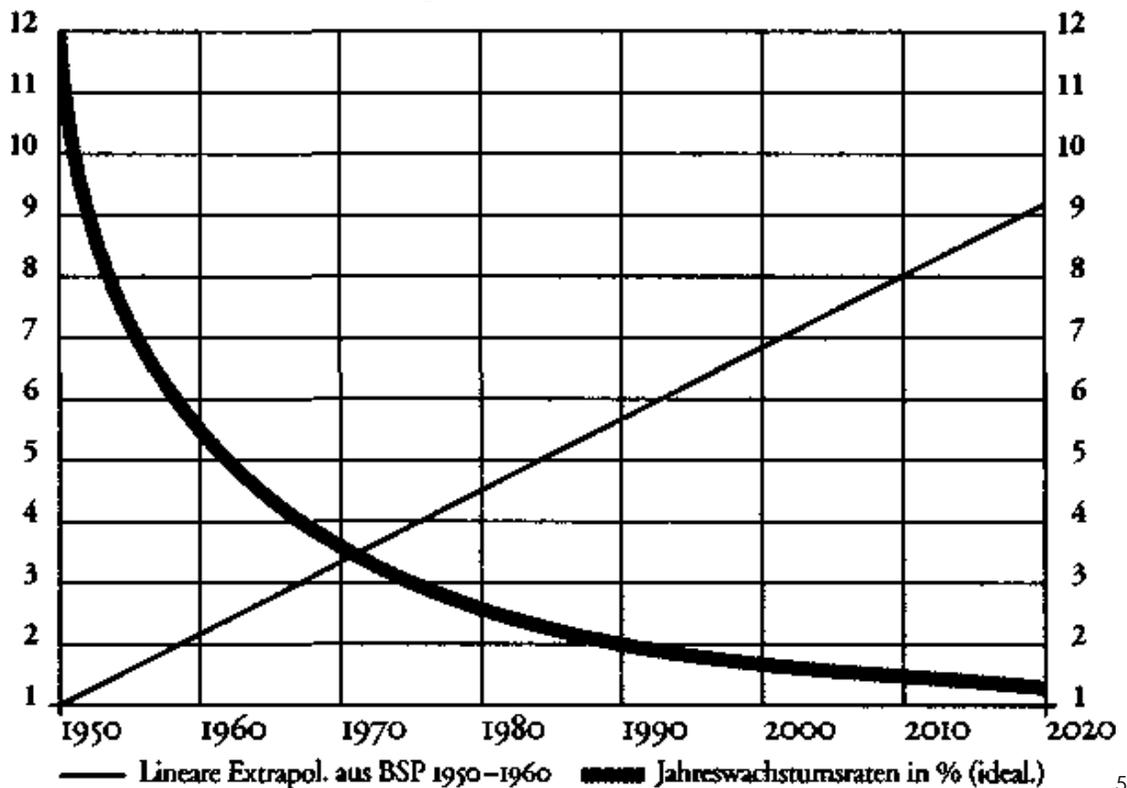
Trotz Verdopplung des Sozialproduktes in den letzten 30 Jahren, 100% Wachstum also, stiegen die netto Realeinkommen der abhängig Beschäftigten nicht mehr. In den letzten Jahren sanken sie sogar. Stark betroffen ist Deutschlands Mittelschicht. Sie schrumpfte in den letzten 6 Jahren, die Armutsgefährdete Schicht aber wuchs.



Ein noch höheres Wachstum ist extrem unwahrscheinlich, da seit mehr als 50 Jahren das Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung (preisbereinigt) **nur linear** steigt. In der BRD wie in praktisch allen entwickelten

Industrienationen. Und das bedeutet: Das Sozialprodukt wächst jährlich um den seit 1950 immer etwa gleich hohen Betrag. Dieser feste Betrag aber wird im Vergleich zum schon erreichten BSP immer geringer. Wer zur 10 Euro 10,00 € bekommt ist 100% reicher. Hatte er aber schon 100 € so ist ein Geschenk von 10,00 € nur noch 10%. Und hatte er schon 1000 € angehäuft, so ist das Wachstum seines Vermögens bei 10 Euro Zuwachs nur noch ein Prozent.

Das Sozialprodukt pro Kopf wird deshalb mit **jährlich sinkenden**, nicht aber steigenden Raten wachsen, die in den nächsten Jahren in der BRD bei im Durchschnitt 1,5% bis 1% liegen werden und dann immer weiter sinken.⁴



Für die **Einkommen** aus abhängiger Beschäftigung sind die Aussichten noch ungünstiger. Denn zur Abnahme des Wachstums des Sozialprodukts kommt der Druck auf Löhne und Gehälter durch den offenen Weltmarkt mit seinem unerschöpflichen Angebot von Arbeitskräften. Dieser Lohndruck durch die weltweite Konkurrenz nimmt weiter zu. Waren es zuerst nur einfache Arbeiten, für die sich dieser Druck entwickelte, erfasst die weltweite Konkurrenz der neuen Industriestaaten auch immer mehr „weniger einfache“ Arbeiten. Gleichzeitig erlaubt es der technische Fortschritt, mehr und mehr Produktionen billiger und besser mit Maschinen als mit menschlicher Arbeit zu erledigen – was ebenfalls Arbeitsplätze kostet.

Weil die Löhne, die Masseneinkommen, stetig abnehmen und damit die Nachfrage reduziert wird, muss man sich fragen, ob man das „Gesetz nur

linearen Wachstums“ auch in die Zukunft verlängern kann. Das lässt sich aber nicht eindeutig vorhersagen. Vieles spricht dafür, dass das Wachstum der alten Industriestaaten sich wegen zurückgehender Nachfrage durchaus mehr oder weniger stark **unter** der bisherigen linearen Entwicklung wiederfinden kann. Dafür, dass es stärker wird als die lineare Extrapolation angibt, spricht nichts.

Ganz anders dagegen die Entwicklung der Einkommen aus Unternehmen und Vermögen. Zuerst, seit der Mitte der sechziger Jahre langsam, dann ab 1980 immer schneller löste sich die Summe dieser Einkommen von der „nur“ linearen Steigerung des Sozialproduktes nach oben ab.⁶ Die so entstehende Einkommenskurve entspricht recht gut durchschnittlich fünfprozentigem Jahreswachstum dieser Einkommen. Damit entfernen sich dieser Einkommen exponentiell immer schneller vom gesamten, linear steigenden Sozialprodukt - und erst recht von einem sinkenden realen Durchschnittseinkommen aus abhängiger Tätigkeit.

Wer von „abhängiger Beschäftigung“ zur Bestreitung seines Lebensunterhalts abhängig ist, hat also sehr schlechte Karten. Wer viel Kapital hat, sehr gute. Doch zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung haben kein oder nur geringes Vermögen und hängen so leider von abhängiger Beschäftigung ab.

Auf höheres Wachstum zur Lösung des Problems der unaufhaltsam immer stärker aufgespaltenen Gesellschaft zu setzen, ist daher Warten auf Godot. Und der kam bekanntlich nie. Höchstes Wirtschaftswachstum kann dann aber auch nicht mehr das richtige Auswahlkriterium für die anzusteuernde Wirtschaftspolitik sein.

Suppenkasper-Staaten sind gezwungen, immer wieder nach neuen Geldquellen zu suchen. Und die fand man lange bei den unteren und mittleren Einkommen. So entwickelte sich unter dem Stichwort „Reformen“ und „Agenda 2010“ diejenige Marktwirtschaft, die heute in der Legitimationskrise steckt, weil sie zu einer stetigen Verlagerung des erarbeiteten Sozialprodukts zu den oberen und vor allem zu den obersten Schichten der Gesellschaft führt. Und dabei gleichzeitig die Binnennachfrage durch Verarmung der Zukunftsaussichten großer Kreise der Bevölkerung nachhaltig beschädigte. Ein Ergebnis, das zuerst eine große Volkspartei, die SPD, ruinierte und zur Substitution einer eigenen Nachfrage durch die wachsenden Exporte, vor allem in die USA. Doch die brach 2008 wegen der Überschuldung USA zusammen. Was heute zur hektischen Suche nach Programmen führt, die die Binnennachfrage wieder stärken sollen - und Milliarden und aber Milliarden kosten werden. Diese Kosten dürften nach der derzeitigen Struktur so wieder auf die von abhängiger Arbeit Abhängigen abgewälzt werden. Womit der Abgrund zwischen beiden sich abzeichnenden Klassen der Bevölkerung noch schneller noch tiefer würde.

Diese Aussage kann man wörtlich nehmen. Im römischen Reich gehörte letztlich etwa 5000 Familien der gesamte Besitz des Reiches von England bis Nordafrika. Dann brach das Römische Reich zusammen.

Schon heute halten bei uns nur noch 15% der Bürger die herrschende Vermögensverteilung für gerecht. Aber 15% besitzen auch etwa 72-75% des gesamten Vermögens.⁷ Stabil ist eine Gesellschaft nicht, die die Chancen so zu Ungunsten ihres weitaus größten Teiles verteilt. Vor allem dann nicht, wenn diese Gesellschaft noch demokratisch wählt. So zeichnet sich am Horizont eine Entwicklung unserer Gesellschaften ab, die in das vor-demokratische Zeitalter vor der französischen Revolution zurückführt. An die Stelle des Adels tritt der neue Geldadel.

Doch mit diesem Gesamtbild landen wir bei Spenglers Untergang des Abendlandes, dessen Prognose Lepenies treffend so beschreibt:

„Er sprach von den Mächten der Wirtschaft, die freie Bahn für die Eroberung großer Vermögen haben wollten: „Keine Gesetzgebung soll ihnen im Wege stehen. Sie wollen die Gesetze machen, in ihrem Interesse, und sie bedienen sich dazu ihres selbstgeschaffenen Werkzeugs, der Demokratie, der bezahlten Partei.“ Die Folge hieß Ende der Demokratie und Beginn des Cäsarismus“⁸

In dieser schwierigen Situation stehen sich in unserem Lande zwei Lager gegenüber.

Da ist das Lager derjenigen, die suchen, **gegen die Zwänge des Weltmarktes** die Lohn-Einkommen in Europa auf einem Niveau zu halten, auf dem die Menschen von ihrem Lohn leben können. Das ist prinzipiell nicht falsch. Doch auf die Dauer hat der Widerstand gegen Billiglöhne im Neoliberalen Konzept keine Chance. Je länger wir gegen den sinkenden Weltmarktpreis für Arbeit unser Lohnniveau zu halten suchen, desto stärker wird dann „Outsourcing“ Wirtschaft und Gesellschaft zerstören.

Die zurzeit herrschende Politik versucht deshalb im Gegenteil, unsere Wirtschaft den **Weltmarktbedingungen noch stärker anzupassen**. Doch diese Weltwirtschaft verteilt die Chancen für die Menschen in den entwickelten Industriestaaten zwangsweise auch in Zukunft zu unterschiedlich. Die von abhängiger Arbeit Abhängigen, die weiteren Lohnverzicht tragen müssen bekommen so weiter immer schlechtere Karten. Immer mehr Mitglieder des Mittelstandes sinken ab, werden zum „Prekariat“. Dieses Prekariat wird immer mehr wachsen, je stärker sich der Weltmarktpreis für Arbeit durchsetzt. Denn der wird angesichts von Milliarden arbeitsloser Menschen in der Welt sinken, nicht aber steigen.

Die Entwicklung der Einkommen aus Unternehmen und Vermögen dagegen dürfte weiter einer exponentiellen Wachstumskurve folgen, zeigt sich doch hier nur das zu Grunde liegende Problem: Kapital und Unternehmen bringen Zinsen und Einkommen. Einkommen abhängig Beschäftigter dagegen werden nur einmal gezahlt und dann (weit gehend) zum Lebensunterhalt verbraucht.

Das immer schnellere auseinanderklaffen der wirtschaftlichen Situation der beiden so unendlichen Gruppen ist daher kein Zufall, nicht einfach abzuschaffen. Es ist im freien Markt grundlegend gegeben und nicht zu ändern. Sicher kann man darüber streiten, ob unsere Gesellschaft heute noch gerecht oder schon ungerecht ist. Auch ist nicht vorher zu sagen, bis zu welcher Grenze das Prekariat in einer Demokratie wachsen kann, ohne dass jede Regierung in irgendeiner Form weggefegt wird - sei es mit dem Stimmzettel, sei es mit Gewalt in den Straßen. Aber über eines kann man meines Erachtens nicht mehr streiten: wenn die bisherige Entwicklung auf die Dauer so fortgesetzt wird, wie heute in der globalisierten Wirtschaft, dann fliegt die Gesellschaft irgendwann auseinander. Das trifft dann aber auch die Reichen und Superreichen. Schon heute haben sie durch die Krise des derzeitigen Kapitalismus Millionen und Milliarden Euro verloren, Aus wertvollen Aktien wurden beim Zusammenbruch der Märkte letztlich mehr oder weniger wertlose Papiere.

Die derzeitige Form des Kapitalismus ist so nicht nur aus ökonomischen und ökologischen Gründen keine Zukunfts-geeignete, "nachhaltige" Wirtschaftsform. Sie ist es auch aus sozialen Gründen nicht.

Dass der freie Markt das Problem des Auseinanderfallens der Bevölkerung in zwei völlig unterschiedlich behandelte Teile der Gesellschaft nicht lösen kann, ist nicht die Schuld der Fehler gewinnsüchtiger Manager. Die Suche nach Sündenböcken verstellt nur den Blick auf die wahren Ursachen: Das Problem ist schlicht die natürliche Folge eines regelfrei wirkenden Marktes. Überbrücken der Gegensätze, stärkere Beteiligung der unteren Schichten am Wohlstand (soziale Marktwirtschaft), ist nur durch Normen möglich, die eben diese Freiheit des regellosen Marktes einschränken.

Nur: wie könnte Politik das erreichen?

Jedenfalls nicht durch Beschränkungen der Management Einkommen, wie sie heute oft gefordert wird. Obergrenzen für Managergehälter würden nur der Optik dienen. Real würde so den Aktionären etwas mehr, den Managern etwas weniger Geld zufließen. Das dient nicht im Geringsten dem vordringlichen Ziel der Sicherung der unteren Schichten der Gesellschaft. Hohe Besteuerung sehr hoher Einkommen dagegen würde einen mehr oder weniger großen Teil der hohen Entlohnung für die dringenden Aufgabe der Gesellschaft bereitstellen: *die „besondere Fürsorge für diejenigen, deren auskömmliches Dasein bedroht ist.“*

Joseph Stiglitz⁹:

„Wenn wir dafür sorgen wollen, dass die Handelsliberalisierung in den Industrieländern mehr Zuspruch erfährt, müssen wir den Nutzen und die Kosten gleichmäßiger verteilen, und dies bedeutet auch eine stärkere Einkommensteuerprogression. Unsere besondere Fürsorge muss denjenigen gelten, deren auskömmliches Dasein bedroht ist, und dazu bedarf es besserer Anpassungshilfen, stärkerer sozialer Sicherheitsnetze und einer effizienteren Wirtschafts- bzw. Stabilitätspolitik... wir brauchen Maßnahmen, die zu Lohnsteigerungen insbesondere in den unteren Lohngruppen führen, wo die Löhne in den USA beispielsweise seit Jahren stagnieren.“

(Dazu müssen) „wir uns zunächst von zwei althergebrachten Prämissen der Handelsliberalisierung verabschieden: den Annahmen, dass erstens der Abbau von Handelsschranken automatisch zu einer Ausweitung des Handels und damit zu mehr Wirtschaftswachstum führt und dass zweitens die Einkommenseffekte höheren Wachstums automatisch „von oben nach unten durchsickern“... Beide Annahmen stehen im Widerspruch zur Wirtschaftstheorie und zur historischen Erfahrung.“

Wenn das „neoliberale“ Lager den offenen Weltmarkt nicht antasten will muss die Gesellschaft den Menschen, die keine Arbeit mehr finden, von der sie leben können, diese Mittel anders zur Verfügung stellen. Das erfordert erhebliche Teile des Sozialprodukts. Hierfür sind verschiedene Modelle in der Diskussion. (Bürgergeld, negative Steuer, große öffentlicher Arbeiten...)

Diese Lasten den Ärmeren Schichten aufzubürden, kann nur noch eine gewisse Zeit lang funktionieren. Dann ist dort nichts mehr zu holen. Retten können dieses neoliberale System, das für die Wohlhabenden besonders profitabel ist, daher leider nur die Reichen. Einige von ihnen - wie Bill Gates - haben aus Einsicht schon damit begonnen. Aber freiwillig tun es zu wenige.

Im Gegenteil entzieht sich gerade die große Masse der Vermögenden gerne ihrer Verpflichtung, auch nur die gesetzlich festgelegten Steuern zu zahlen. „Heute schlummern auf Konten und Depots in benachbarten Steueroasen deutsche Vermögen im Wert von 450 bis 550 Milliarden Euro. Manche Experten schätzen gar, dass die Bundesbürger insgesamt mehr als 1000 Milliarden Euro illegal ins Ausland geschafft haben.“ „Der Versuch deutscher Finanzminister, mit neuen Steuern Kapital im Land zu halten, ist bislang stets kläglich gescheitert“¹⁰

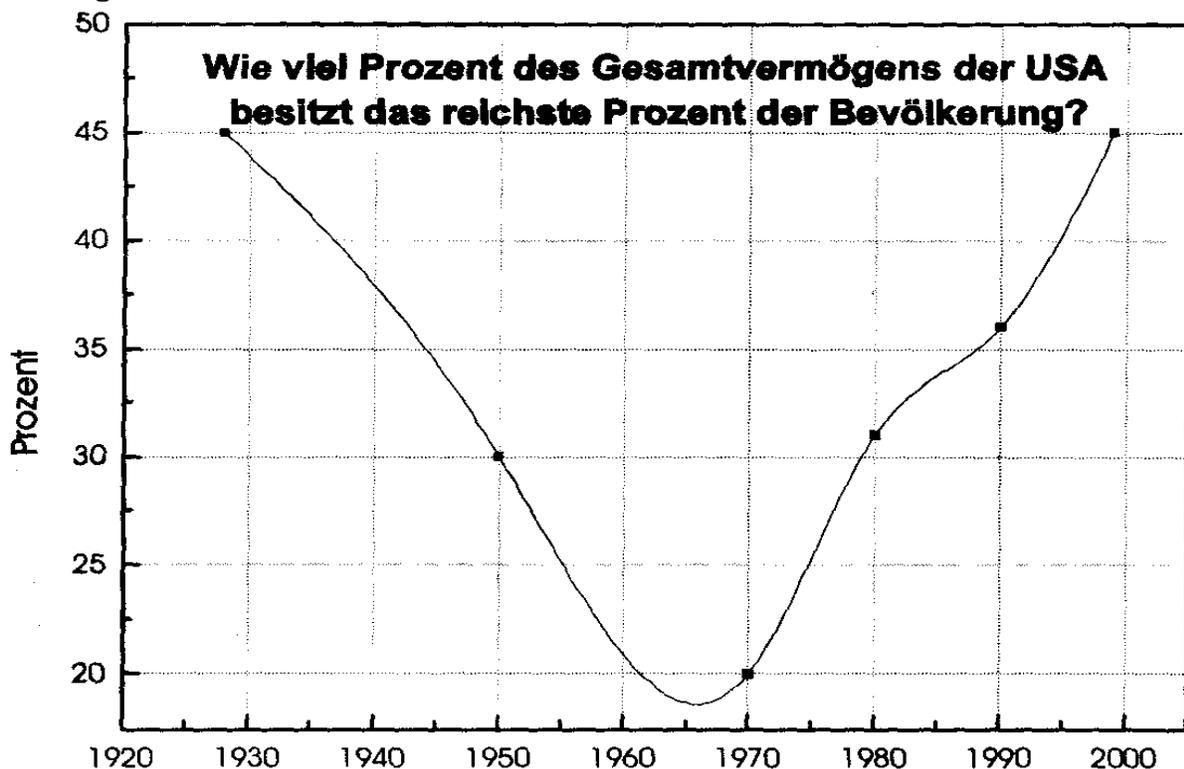
Die Forderung nach stärkerer Belastung des reicheren Teils der Bevölkerung mag daher wie Populismus aussehen. Doch sie ist leider zwingend geboten. Denn die Entwicklung der letzten 30 Jahre zeigt ja, dass es nicht zum Ziel führt, Unternehmen und Vermögen zu begünstigen, um so auch den unteren Schichten zu dienen. Im Gegenteil: die mehrfachen Senkungen des Steuersatzes für die oberen Klassen und Unternehmen hat die Spaltung der Gesellschaft nur noch beschleunigt.

Zwar ist die nötige Verschiebung der Steuersätze - Senkung in den unteren und mittleren Bereichen - erhebliche Steigerung in den oberen Bereichen- in der

Gesellschaft heute noch ein Tabu. Sie wird mit dem Wort „Neiddiskussion“ abgeblockt. Doch je näher der Tag kommt, an dem man feststellt, dass unsere Demokratie durch einen Zweiklassenstaat ersetzt wird, dessen Klassen sich in einem Klassenkampf befinden, desto stärker dürfte die Neigung werden, Steuerhinterziehung als Landesverrat anzusehen und zu behandeln.

Ist dieses Hindernis unüberwindbar?

Ein Blick in die Geschichte hilft: In der hoffnungslosen wirtschaftlichen Lage, in die die Vereinigten Staaten Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch einen entgleisten Liberalismus gestürzt worden waren, setzte Präsident Franklin D. Roosevelt den "New Deal" durch. Bis 1928 waren auch damals die Einkommens- und Erbschaftssteuern Schritt für Schritt gesenkt worden. Diese Politik war nicht folgenlos: 1930 besaßen schließlich 1% der Bevölkerung 45% der Vermögen der USA.



11

Für Roosevelt war es evident, dass die Gesellschaft nicht durch Opfer der Armen gerettet werden konnte. Die Reichen mussten die Hauptlast der Rettung der Gesellschaft tragen. Deshalb setzte er 1935 den Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen bis auf 79% herauf. Durch für die Allgemeinheit nützliche Stiftungen konnte diese Steuerlast aber drastisch vermindert werden. So schuf Roosevelt Arbeit durch für die USA nützliche Projekte jeder Größe: Privat getragene Stiftungen und staatliche Projekte, bezahlt durch die erhobenen Steuern. (Tennessee-Valley Authority z. B.)

8

Erfolg:

1. Die Arbeitslosenzahl sank bis 1937 auf die Hälfte¹²
2. Das Sozialprodukt der USA stieg wieder ähnlich steil wie vor der Weltwirtschaftskrise.
3. Das Stiftungswesen blühte auf und bescherte den vereinigten Staaten eine Reihe von heute auf ihren Gebieten führenden Instituten.
4. Die Vermögensverteilung in den USA korrigierte sich ein Stück weit. Die Zeit der wohlhabenden amerikanischen Mittelklasse begann und hielt sich bis zum Aufkommen des „Neoliberalismus“ in den 70er Jahren. Heute ist die Vermögensverteilung in den USA wieder so ungleich, wie vor der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre.

Das Beispiel Roosevelt zeigt:

Auch in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem können sehr wohl staatliche Regeln die Vermögensverteilung wesentlich zu Gunsten der von Arbeit Abhängigen oder aus anderen Gründen Armen verändern. Ein grundsätzlicher Systemwandel ist dazu nicht erforderlich.¹³

Im Prinzip könnten die EU-Staaten also mit Roosevelt hinreichend hohe Steuern einfordern um damit den Zerfall unserer Gesellschaft in Parallel-Gesellschaften zu verhindern. Mit Hilfe dieser Steuern könnten sich die Staaten zudem von der Notwendigkeit befreien, immer mehr des in Jahrhunderten angesammelten Gemeineigentums zu privatisieren, auf Deutsch: zu veramschen. Eine Untat, die soweit geht, dass man jetzt in Schleswig-Holstein sogar überlegt, Seen zu „privatisieren“, was ja nichts anderes heißt, als sie der Allgemeinheit abzunehmen.¹⁴

Nur ist ein Umsteuern heute sehr viel schwieriger als im Amerika Roosevelts.

Der erste Schritt: Wiederherstellung des Staates

Wie auch immer man die Legitimationskrise der Marktwirtschaft überwinden will, muss es zunächst einmal gelingen Staaten wiederherzustellen, die real in der Lage sind, der Marktwirtschaft die dafür notwendigen Randbedingungen zu geben und gegen die Zwänge des neoliberalen Weltmarktes durchzusetzen.

Dass der Zusammenbruch der Weltwirtschaft jetzt nur noch durch intelligentes Handeln der Staaten verhindert werden kann, darüber herrscht heute wohl Einigkeit. Auch und gerade Wirtschaft und Banken fordern zur Rettung der Wirtschaft Eingriffe des Staates. Dass das Handeln einzelner Staaten voraussichtlich nicht genügt, dass hier zusammenarbeiten der Staaten notwendig ist, ist ebenfalls kaum noch streitig.

Aber das bedeutet noch lange nicht, die Wieder-Einführung des Staates als Regelgeber für den Markt zu akzeptieren. Stück für Stück hat man den Staat mit der Forderung "schlanker Staat" entmachtet. Der Staat wurde zum Lakai der Forderungen der Wirtschaft. Jetzt, nachdem man Jahre lang die Gewinne der Schwindel-Wirtschaft eingestrichen hat, fordert man von den Staaten Milliarden über Milliarden Beihilfen und Bürgschaften. Und den Staaten bleibt nichts anderes übrig, als unter der Drohung: „Entweder ihr zahlt oder aber wir müssen 100 Tausende von Arbeitsplätzen abbauen!“ zu zahlen. Aber das ist genau dieselbe Lakaienrolle wie bisher.

Was müsste geschehen?

1. Erste Voraussetzung für die „sozial-marktwirtschaftliche“ Lösung der anderen Verteilung der Früchte der Wirtschaft ist, den entwaffnenden, ruinösen Steuerwettlauf der Staaten nach unten, zu beenden. Ein Staat alleine kann das nicht. Das setzt vielmehr voraus, dass man zu internationalen Vereinbarungen kommt, die Mindest-Steuersätze für die oberen Einkommen auf einer adäquaten Höhe - die nicht unbedingt für alle beteiligten Staaten gleich sein müsste -vertraglich festlegen.
2. Das Heranziehen auch der wohlhabenden Bürger zur Zahlung ihrer Steuerschulden ist heute unvergleichlich schwerer als zur Zeit Roosevelts. Einer der wichtigsten Schritte dürfte sein, das Bankgeheimnis weiter abzubauen. Es kann keine Berechtigung für eine Institution geben, die die gerechte Verteilung der erarbeiteten Werte verhindert und die Finanzierung von Verbrechen und Terrorismus erleichtert. Es steht auch nirgendwo geschrieben, dass Steueroasen unantastbar sind. Alle diese Steueroasen haben auch ihrerseits Interessen, auf die die Staaten der EU einwirken können - wenn sie sich einig sind.
3. Ein wesentlicher Schritt, der die Steuerflucht hemmen kann wäre es auch, dem amerikanischen Beispiel zu folgen das jedem Bürger der vereinigten Staaten - gleichgültig wo in der Welt er arbeitet - die Steuerpflicht nach amerikanischen Sätzen auferlegt. Die an seinem derzeitigen Wohnort gezahlten Steuern kann er dann von dieser amerikanischen Steuerschuld absetzen. Gäbe es eine solche Gesetzgebung auch in den Staaten der EU, würde es sich für EU-Bürger nicht mehr persönlich lohnen, einen Betrieb aus der EU heraus zu verlagern. Akte von illoyaler Steuerflucht - wie die des Rennfahrers Schumacher, - der sich in die Schweiz verzog – wären sinnlos, und damit wahrscheinlich seltener.

Die Organisation einer solchen Kooperation bei der gemeinsamen Festsetzung der Steuersätze und der Bekämpfung des „Steuerterrorismus“ der Steueroasen ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben eines gemeinsamen Handelns,

zumindest in der EU. Eine derartige Stabilisierung der Gesellschaften hätte auch für deren Wirtschaft sehr positive Folgen. Man investiert nicht gerne in Revolutions- bedrohte Standorte. Man kann daher durchaus hoffen, dass eine so an den Prinzipien Roosevelts orientierte Stabilisierung der Gesellschaft sich auch im weltweiten Handel halten kann.

Eine Chance besteht nur, wenn alle in einem Wirtschaftsraum liegenden Staaten gemeinsam an der Wiederherstellung der Steuerungsposition der Staaten zusammenarbeiten. Dabei ist eine solche Zusammenarbeit umso wirksamer, je größer der Raum ist, der an dieser Arbeit mitwirkt. Das Ideal ist eine weltweite Zusammenarbeit. Aber je mehr Staaten teilnehmen, desto schwieriger ist auch eine Lösung zu erarbeiten. Zeigt sich das als zu schwierig, ist die einzige Alternative: den Raum zu verkleinern, eine solche Wirtschaftszone nur mit gleich gesinnten Staaten zu bilden.

Doch diese angestrebte Wirtschaft, in der wieder jeder von seinem verdienten Lohn auch leben kann, müsste gegen die zerstörerischen Einwirkungen des Weltkapitalismus geschützt werden. Die traditionelle Sicherung der Entwicklung einer Ökonomie sind die Schutzzölle. Alle Industriestaaten sind nur unter dem Schutz von Schutzzöllen *Industriestaaten* geworden. Aus demselben Grund, aus dem „sich entwickelnde“ Staaten sehr legitim Schutzzölle erheben, könnte man als letztes Mittel auch Schutzzölle für das bedrohte sozial-staatliche System der europäischen Staaten einführen. Die Forderung nach solchen Schutzzöllen für die Erwerbsarbeit im Sozialstaat kommt heute auch schon aus Teilen der Industrie.

Porsche-Chef Wiedeking:

„Man muss sich generell die Frage stellen, wie sich die großen Wirtschaftsräume künftig miteinander arrangieren sollen. Auch China erhebt Einfuhrzölle, für Autos beispielsweise 25 Prozent. Da ist es doch völlig legitim, wenn wir ebenfalls Zölle fordern, damit Waffengleichheit herrscht. Genauso müssen wir uns weltweit auf gewisse Mindeststandards in der Sozial- und Umweltgesetzgebung einigen, um den globalen Wettbewerb fair zu gestalten. Sonst wird in Zukunft nur noch in China oder anderswo produziert, zu Bedingungen, die ich keinem Werker wünsche, während die Leute bei uns auf der Straße stehen. Das dürfen wir einfach nicht zulassen.¹⁵“

Russland geht in diesen Tagen diesen Weg des Zollschatzes zur Rettung der russischen Autoindustrie: Denn „um den Sozialstaat und damit ihre Wiederwahl nicht zu gefährden, muss die Regierung in Moskau alles tun, um höhere Deviseneinnahmen zu erzielen. Ein Weg sind Importzölle auf fertige Autos“¹⁶.

Hört die russische Regierung vielleicht mehr auf die Bevölkerung als unsere eigenen Regierungen?

¹ Der historische Liberalismus enthielt deutlich mehr gesetzliche Ordnungselemente

² Stiglitz, Chancen der Globalisierung, S.37

³ Eigene Berechnungen (Preisbereinigt). Datengrundlage: Statistische Jahrbücher und Statistische Taschenbücher, (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

⁴ Diese Realität konnte bereits in den 70er Jahren vorhergesagt werden. Vgl. Afheldt, Wohlstand für Niemand?, Kunstmann Verlag 1993. mit der zutreffenden Vorhersage eines Sozialproduktes 2005 von real 7,5 (mal Sozialprodukt 1950).

⁵ Gerade: Lineare Extrapolation der Daten von 1950-1960 (!!). Werte Preisbereinigt.
Fette Kurve: daraus berechnetes jährliches Wachstum.

⁶ Quelle: H.Afheldt, Wirtschaft die arm macht, Kunstmann Verlag 2003

⁷ Das arbeitnehmersnahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, [DIW](#), hatte am 7. November 2007 den [Bericht zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland](#) aufgelegt; **die unten stehenden Daten beziehen sich auf das Jahr 2002**. Ergebnisse der Befragung:

Es besitzen:

zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren kein oder nur ein sehr geringes Vermögen

a) die oberen 10% der Bevölkerung ein kumuliertes Volksvermögen von ~ 60%

b) die oberen 20% der Bevölkerung ein kumuliertes Volksvermögen von ~ 80%

c) die oberen 30% der Bevölkerung ein kumuliertes Volksvermögen von ~ 90%

d) die oberen 40% der Bevölkerung ein kumuliertes Volksvermögen von ~ 97% haben

⁸ Wolf Lepenies, Endzeitgemässe Betrachtungen. - Amerikanische Entrückungen und der Untergang des Abendlandes. SZ 08.08.2002

⁹ S.136 a.a.O.

¹⁰ Das Hase-und-Igel-Spiel - Von Thomas Öchsner SZ.13/14.12.08 S.28

¹¹ Stefan Brunnhuber / Harald Klimenta-Wie wir wirtschaften werden. Nach Edward N. Wolff, Top Heavy~ A Study of the Increasing Inequality of Wealth in America, New York: Twentieth Century Fund, 1995,

¹² Die Zahlenangaben über die amerikanische Arbeitslosigkeit in jenen Tagen variieren enorm. Die Arbeitslosigkeit 1932 wird oft höher, maximal wohl bis 20 Millionen beschrieben. Ziemlich konstant ist das Verhältnis der Arbeitslosigkeit 1932 zu der von 1937. Die Arbeitslosigkeit hat sich danach halbiert. Sei es von 20 Millionen auf 10 - sei es in der anderen Angaben, von 12 Millionen auf 6.

Unstreitig ist andererseits, dass die vollständige Erholung der amerikanischen Wirtschaft erst durch die Rüstung für den Zweiten Weltkrieg folgte.

¹³ Ähnlich denkt Paul Krugman: L'Amérique que nous voulons Flammarion, 2008 360 p., 22 €. Vgl. Le Monde 30.08.2008

¹⁴ Kiel will landeseigene Seen verkaufen
Hamburger Abendblatt, 16.11. 2007, S.23

¹⁵ Tagesspiegel, 02.10.2006

¹⁶ Michael Kuntz und Frank Nienhuysen
SZ. 12.12.2008 S.18